

V-63 Auf dem Weg zu einer dauerhaften Friedenslösung in Nahost:
Waffenstillstand jetzt!

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und die Ermordung von
2 mehr als 1200 Zivilist*innen sind eine Zäsur. Nichts kann das rechtfertigen,
3 aber genauso kann nichts die kollektive Bestrafung der palästinensischen
4 Zivilbevölkerung in Gaza und Westjordanland infolge der zum Teil
5 völkerrechtswidrigen Vorgehensweise der israelischen Regierung und Armee
6 rechtfertigen.
- 7 Wir sind zutiefst besorgt, dass die derzeitige ultrarechte israelische Regierung
8 nicht Willens ist, Frieden auf Basis lebenswerter Verhältnisse für alle
9 Menschen, sowohl Israelis als auch Palästinenser*innen, in der Region
10 anzustreben.
- 11 Ein zentrales Hindernis ist, dass Premierminister Netanjahu eine umfassende
12 Friedenspolitik verweigert, die den Bedürfnissen aller in der Region gerecht
13 wird. Der Angriff der Hamas und die darauffolgende militärische Antwort der
14 israelischen Streitkräfte erschweren den ohnehin komplexen Weg zu einer
15 friedlichen Lösung erheblich und laufen Gefahr, dass die Friedensbereitschaft in
16 beiden Gesellschaften weiter sinkt.
- 17 Die fortschreitende humanitäre Katastrophen, wie die mehr als 41.000 Todesopfer
18 und mehr als 110.000 Verletzte in Gaza, mehrheitlich Frauen und Kinder, die
19 dauernden völkerrechtswidrigen Repressionen in der Westbank und der Beginn einer
20 Invasion im Libanon mit der Ermordung mehrerer hochrangiger Führer der Hisbollah
21 wie Nasrallah, sind keine tragfähigen Ansätze zur Befriedung der Region. Viele
22 Beobachter*innen sind sich einig, dass die Hamas militärisch nicht zu besiegen
23 ist.
- 24 Die Zerstörung in Gaza ist extrem weitreichend und umfasst nahezu alle
25 Lebensbereiche. Wohngebiete, Krankenhäuser, Schulen, Kirchen, Moscheen und
26 Flüchtlingslager wurden durch massive Luftangriffe, Artilleriebeschuss und
27 gezielte Bodenoperationen, unter anderem mit Waffen und Munition aus
28 Deutschland, schwer beschädigt oder komplett zerstört.
- 29 Auch die Wasser- und Stromversorgung wurde durch gezielte Angriffe auf
30 Kraftwerke, Wasseraufbereitungsanlagen und Abwasserinfrastrukturen fast
31 vollständig zerstört. Zahlreiche Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen
32 wurden zerstört oder sind überlastet. Mehrere Gesundheitseinrichtungen sind
33 gezielt selbst Ziel von Angriffen geworden. Wir sehen allerdings auch die
34 Probleme, dass die Hamas aus der Deckung ziviler Bereiche heraus agiert.
- 35 Schätzungsweise 1,5 Millionen Palästinenser*innen sind in Gaza zu
36 Binnenvertriebenen geworden. Sie leben unter extrem schlechten Bedingungen in
37 überfüllten Notunterkünften oder improvisierten Lagern. Internationale
38 Hilfsorganisationen warnen vor einer katastrophalen Hungersnot und der
39 Verbreitung von Krankheiten.

40 Die Vereinten Nationen und zahlreiche Menschenrechtsorganisationen haben
41 wiederholt vor der drohenden humanitären Katastrophe gewarnt und zu einem
42 sofortigen Waffenstillstand aufgerufen.

43 Die israelischen Angriffe im Libanon treffen zudem Zehntausende Geflüchtete in
44 Libanon. Vor den Bombardierungen haben in den südlichen Regierungsbezirken etwa
45 87.000 Geflüchtete gelebt. Der Libanon hat, gemessen an der Bevölkerungszahl, so
46 viele Geflüchtete aufgenommen wie kein anderes Land der Welt. Bei rund 5,5
47 Millionen Einwohnern leben in dem kleinen Land rund 1,5 Millionen Syrer*innen
48 sowie weitere Geflüchtete aus anderen Ländern. Wegen der israelischen Angriffe
49 im Libanon sind hunderttausende Menschen nach UN-Angaben auf der Flucht.

50 Wir setzen uns in Unterstützung unserer Außenministerin für eine
51 Zweistaatenlösung ein, in der Israel Sicherheit und Frieden genießt und
52 Palästinenser*innen in einem eigenen Staat in Sicherheit, Würde und
53 Selbstbestimmung leben können. Wir unterstützen aber auch jede andere Lösung,
54 die Israel und Palästina, gegebenenfalls mit den Nachbarstaaten, finden, die
55 allen Beteiligten ein Leben in Frieden, Selbstbestimmung und auskömmlichen
56 Lebensbedingungen ermöglicht.

57 Laut internationalem Recht, insbesondere der Genfer Konvention und dem Römischen
58 Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), können Handlungen der
59 aktuellen israelischen Regierung, die als Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die
60 Menschlichkeit oder schwere Menschenrechtsverletzungen eingestuft werden,
61 Sanktionen nach sich ziehen. Diese Sanktionen könnten gegen verantwortliche
62 Politiker*innen verhängt werden, wenn sie direkt oder indirekt für solche
63 Verstöße verantwortlich gemacht werden.

64 Unsere Forderungen:

65 Wir fordern die Aussetzung aller finanziellen Hilfen und Lieferungen von
66 militärischen Gütern bis die jetzige israelische Regierung ernsthaft Wege zu
67 nichtmilitärischen Schritten einleitet. Ausgenommen sollen Mittel und Waren
68 sein, die die Selbstverteidigung gegen Beschuss ermöglichen. Ebenso ausgenommen
69 sind Transfers, die mittelgebunden in nicht militärische Strukturen gehen.

70 Wir fordern alle Konfliktparteien dringend auf, die Eskalation zu beenden, einen
71 Waffenstillstand zu vereinbaren und den Weg der Diplomatie zu beschreiten, um
72 eine nachhaltige und gerechte Lösung für die Region zu finden.

73 Wir fordern die Bundestags- und Europafraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die
74 Parteiführung und das Auswärtige Amt auf, mit noch größerem Nachdruck nach
75 Friedenslösungen im Nahen Osten zu streben, um Gewalt zu beenden und Israelis
76 sowie Palästinenser*innen ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu
77 ermöglichen.

78 Unser besonderer Dank gilt Annalena Baerbock für ihren unermüdlichen Einsatz,
79 für ihre Solidarität mit Israel und einem souveränen Palästina. Neben dem
80 Drängen auf die Freilassung aller Geiseln, das Ende der terroristischen Angriffe

81 und die Umsetzung der VN-Resolution 1701, sollte auch verstärkt auf folgende
82 Ansätze hingewirkt werden:

- 83 • Sofortiger, umfassender Waffenstillstand in Gaza, um das Töten von
84 Zivilisten und die Zerstörung der Infrastruktur zu beenden
- 85 • maximale Nutzung der Landzugänge für ausreichende humanitäre Hilfe für die
86 Zivilbevölkerung, gegebenenfalls mit internationaler Unterstützung und UN-
87 Friedenstruppen zur Sicherstellung
- 88 • Beendigung der illegalen und gewaltsamen Landnahme Israels im
89 Westjordanland, wie im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 19.
90 Juli 2024 festgestellt
- 91 • Verurteilung der völkerrechtswidrigen radikalen Aktionen der
92 Siedlerbewegung, die mit Unterstützung der israelischen Armee und Polizei
93 gegen die Palästinenser*innen im Westjordanland durchgeführt werden
- 94 • Beendigung israelischer Militäroperationen und signifikante Stärkung der
95 palästinensischen Sicherheitskräfte im Westjordanland. Dies schließt die
96 Übertragung größerer Verantwortlichkeiten auf die palästinensischen
97 Behörden ein, insbesondere bei der Bekämpfung terroristischer Elemente und
98 der Eindämmung von Schmuggelaktivitäten, gemäß den Osloer Abkommen
- 99 • Prüfung der völkerrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit den
100 Sprengstoffanschlägen auf Kommunikationsinfrastrukturen, insbesondere
101 mögliche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Genfer
102 Konventionen durch die israelische Regierung in Libanon. Diese Handlungen
103 könnten als Angriffe auf lebenswichtige zivile Einrichtungen eingestuft
104 werden, was gemäß den Artikeln 48 und 52 des Zusatzprotokolls I zu den
105 Genfer Abkommen von 1977 verboten ist und den Schutz von Zivilpersonen und
106 ziviler Infrastruktur in bewaffneten Konflikten gefährdet
- 107 • Erhöhung der Rücksichtnahme auf Zivilist*innen, einschließlich der Presse
108 und ziviler Helfer*innen, in allen Operationsgebieten sowie eine effektive
109 rechtliche Aufarbeitung von Vergehen und angemessene Entschädigung der
110 Opfer
- 111 • die Rückkehr aller Binnenvertriebener seit dem 7. Oktober 2023 in Israel,
112 Libanon und den palästinensischen Gebieten zu ermöglichen,
- 113 • um eine diplomatische Lösung und erste Schritte zu nachhaltigem Frieden
114 nicht zu gefährden, dürfen die Verhandlungsbemühungen für einen
115 Waffenstillstand nicht weiter unterminiert werden
- 116 • Prüfung, ob die Anerkennung eines Staates Palästina den Friedensprozess
117 konstruktiv fördern kann. Dies könnte insbesondere als Signal an die
118 palästinensische Seite dienen, dass ihre Interessen anerkannt werden.
119 Beispiele wie die Anerkennung durch 138 UN-Mitgliedsstaaten und die
120 Beobachterstatusgewährung bei den UN im Jahr 2012 verdeutlichen, dass
121 internationale Unterstützung für einen palästinensischen Staat existiert
122 und zur Stärkung des Dialogs beitragen könnte. (Dazu unser grüner
123 Parteibeschluss:

124 [https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?
125 \[dir=undefined&path=%2F20-
126 \\[11-11-Kiel&openfile=28918844\\]\\(https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F20-11-11-Kiel&openfile=28918844\\):Verschiedenes-Jetzt-einen-Staat-Palaestina-
auf-den-Weg-bringen-Beschluss-BDK-11-2011.pdf\\)\]\(https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F20-11-11-Kiel&openfile=28918844\)](https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F20-11-11-Kiel&openfile=28918844)

- 127 • Verstärkte Unterstützung friedensorientierter Akteure der
128 Zivilgesellschaft in der Region und im Iran.

129 Angesichts der Eskalationen seitens Israels, wie die Anschläge auf Hanija Ende
130 Juli und Nasrallah Ende September, den Pager-Explosionen am 17. September 2024
131 und den Flächenbombardierungen seit dem 23. September 2024 in Libanon,
132 befürchten wir jederzeit einen regionalen Krieg. Wir appellieren an alle
133 Konfliktparteien, militärische Zurückhaltung zu wahren, um den Spielraum für
134 diplomatische Bemühungen zu erhalten. Die EU-Sanktionen gegen Akteure aller
135 Konfliktparteien, insbesondere gegen radikale Minister der aktuellen
136 israelischen Regierung, begrüßen wir. Zudem halten wir die Zurückhaltung der
137 deutschen Regierung bezüglich der Verfahren des Internationalen Gerichtshofs für
138 notwendig. Wir verweisen diesbezüglich auf die Beschlüsse der BDK vom 23.11.23
139 und den beiden der BAG Frieden Internationales vom 24.2.24 und 22.9.24.

Begründung

Folgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Asmus Hans Dall (KV Hamburg-Eimsbüttel); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Andreas Müller (KV Essen); Ursula Mindermann (KV Warendorf); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Renate Steinhoff (KV Hannover); Fabian Schlumberger (KV Berlin-Mitte); Lil Oggesen (KV Berlin-Mitte); Janine Ivancic (KV Aachen); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 57 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.